

# Zweite BUND-Klage wegen Kaliabbau

Umweltverband will Innerste vor mehr Salzwasser schützen / K+S: Problem liegt woanders

Von Tarek Abu Ajamieh

**Giesen/Kreis Hildesheim.** Der Umweltschutz-Verband BUND hat im Zusammenhang mit dem Kaliabbau bei Giesen eine weitere Klage beim Verwaltungsgericht Hannover eingereicht. Der Verband will erreichen, dass die Innerste besser vor einer möglichen zusätzlichen Salzwasser-Einleitung geschützt wird.

Die aktuelle Klage des BUND richtet sich gegen die wasserrechtliche Erlaubnis zur Salzwasser-Einleitung in die Innerste, die zwischen Land und Landkreis über Jahre umstritten war. Zuvor hatte der BUND bereits gemeinsam mit der örtlichen Bürgerinitiative Giesen-Schacht gegen die Genehmigung eines Bergwerk-Neustarts geklagt. Dagegen gehen auch die Gemeinden Giesen und Harsum, zwei Landwirte-Verbände aus Sarstedt und Harsum sowie die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes aus unterschiedlichen Gründen gerichtlich vor. Wann diese sechs Klagen vor dem Verwaltungsgericht verhandelt werden, steht noch nicht fest.

Das gilt erst recht für die nun eingereichte Klage zur Salzwasser-Einleitung. Zuvor hatte der BUND bereits Widerspruch gegen die wasserrechtliche Erlaubnis eingelegt. Diesen hatte das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), das diese Erlaubnis auch erteilt hatte, zurückgewiesen.

Das wollen die Umweltschützer nicht hinnehmen und wenden sich deshalb erneut ans Verwaltungsgericht. „Mit dieser wasserrechtlichen Erlaubnis werden die Ziele des europäischen Naturschutznetzes Natura 2000 sicher nicht erreicht“, sagt der stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Axel Ebeler. Der BUND sehe zudem Verstöße gegen die EU-



Wie wirkt sich der Giesener Kaliberg auf das Grundwasser und auf die Innerste aus? Der BUND klagt jetzt beim Verwaltungsgericht Hannover gegen die "wasserrechtliche Erlaubnis" des Landes.

FOTO: JULIAN STRATENSCHULTE/DPA



Das Hauptproblem der Innerste ist nicht Chlorid.

**Ulrich Göbel**  
Sprecher K+S

Wasserrahmenrichtlinie. Unter Verweis auf Dokumente des Düngemittel-Konzerns Kali + Salz (K+S) warnt der BUND, „dass sich bereits ein Strom aus stark salzhaltigem Wasser im Untergrund auf die Innerste zubewegt“. Erreiche der den Fluss, könne dort nicht mehr wie geplant Salzwasser eingeleitet werden, ohne die genehmigten Grenzwerte zu überschreiten“, ist Matthias Köhler von der BUND-Kreisgruppe Hildesheim überzeugt.

K+S-Sprecher Ulrich Göbel betonte am Freitag auf HAZ-Anfrage: „Wir sind der festen Überzeugung, dass die wasserrechtliche Erlaubnis jeder rechtlichen Prüfung standhält.“ Im Genehmigungsverfahren sei zudem nachgewiesen worden, dass die geplanten Einleitungen den Zustand der Innerste nicht verschlechtern würden – tatsächlich könne mittelfristig sogar eine Verbesserung erreicht werden. So hatte auch Niedersachsens Umweltminis-

ter Olaf Lies (SPD) argumentiert, als er dem Hildesheimer Kreistag das Votum zur wasserrechtlichen Erlaubnis entzog und selbst das sogenannte Einvernehmen mit den Vorstellungen des LBEG erklärte.

Das Hauptproblem der Innerste sei „nach sachkundiger Einschätzung“ ohnehin nicht Chlorid, merkt K+S-Sprecher Göbel indes an. „Sondern verschiedene Vorbelastungen, die mit dem Kalibergbau nicht in Zusammenhang stehen.“